

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Quersstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, an der Brücke, Nr. 2.)

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zweimal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Ngr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Deutschland.

Δ Berlin, 28. April. Die Berichte über die heute stattgehabten Sitzungen beider Kammern bringen Ihnen die Nachricht, in welches neue Stadium die Pairiefrage getreten ist. (Nr. 198.) Die neue Proposition, welche jetzt den Kammern unterbreitet worden, gibt dem Könige die unbeschränkteste Vollmacht zur Zusammensetzung der I. Kammer. Die Frage verdient, daß wir etwas ausführlicher darauf eingehen. Zuvor aber Einiges über das vorgestrigte Votum. Wie Sie sich erinnern, ist der Antrag der I. Kammer, über welchen vorgestern die II. Kammer zu berathen hatte, das Resultat eines Compromisses zwischen der Partei Bethmann-Hollweg und einem Theile der Linken der I. Kammer. Die äußerste Rechte und die äußerste Linke stimmten dagegen. Dieselbe Parteistellung trat nun auch bei der II. Kammer ein. Die ganze Rechte, die sogenannte Junkerpartei, bekämpfte den Antrag, weil die corporativen Verbände der Ritter dabei ignoriert waren, weil der Regierung freie Hand blieb, sich die Elemente für ihre Pairie beliebig zu wählen. Dieser Partei verschlug es wenig, daß die Krone selbst — man erinnere sich des Handbilletts, welches Graf Fürstenberg an die I. Kammer brachte — den Ministern aufgetragen hatte, jenen Antrag anzunehmen, so sehr aufgetragen hatte, daß die Minister in der I. Kammer als Abgeordnete für Das stimmten, was sie als Minister bekämpft hatten. So weit reicht der Royalismus der Junker nicht. Sie stützen das Königthum nur so lange, als sie es zur Erhaltung ihrer eigenen Privilegien brauchen. Die hochherzige Aufopferung der alten englischen Barone ist diesen Leuten fremd. Hätte die ganze Frage auch weiter gar kein Interesse und führte sie zu gar keinem andern Resultate, so müßte man den H. H. Heffter und Koppe für die Stellung des Antrages schon allein deswegen dankbar sein, daß sie mittelbar dazu beigetragen haben, der Krone die Augen zu öffnen über diejenigen, welche ihren Royalismus bisher immer auf den Lippen trugen. Die Coterie der Kreuzzeitung ist vor der Zeit entlarvt worden.

Anders stellte sich die Sache bei der Linken. Der französisch-rheinische Constitutionalismus, der innerhalb der Linken der I. Kammer zahlreiche Vertretung findet und sich von den Illusionen einer Pairie nach englischem Vorbilde fortzuziehen ließ, befindet sich bei der Linken der II. Kammer in der Minorität. Indessen war diese Minorität beträchtlich genug, um das Resultat der Abstimmung zu Gunsten der Bethmann-Hollwegianer ausfallen zu lassen. Die drei Fraktionsführungen der Linken am 23., 24. und 25. April Abend stellten die Unmöglichkeit heraus, daß die Partei, wie sich wol gebührte, als eine geschlossene Phalanx auftrat. Die Schlussabstimmung am 25. April Abend ergab etwa 50 gegen 20 für die Pairie. Noch einmal wurde der Versuch gemacht, ein einheitliches Vorgehen zu erreichen. Auf Grund des Parteistatuts wurde von einem der Führer der Antrag gestellt, die Frage zu einer Fraktionsfrage zu machen, sodas sich also die Minderheit der Mehrheit würde haben unterwerfen müssen. Allein dieser Antrag erregte einen ungeheuren Sturm, einzelne Mitglieder drohten, aus der Fraktion auszuschneiden, sodas der Antragsteller endlich seinen Antrag zurückzog. Hieraus ist ersichtlich, daß die Positionen am 26. April vor der Sitzung scharf gezeichnet waren. Fast mit arithmetischer Genauigkeit ließ sich das Resultat der Abstimmung voraussagen: etwa 10 Stimmen zu Gunsten des Antrages der I. Kammer. Die Ultramontanen hatten sich ebenfalls gespalten, ursprünglich wollten sie gegen den Antrag stimmen, am 26. April erzählte man die Motive, welche einige dieser Herren für den Antrag umgestimmt haben sollen. Ebenso zweifelhaft waren die Polen. Dieser Stand der Dinge währte fast den größten Theil der Sitzung hindurch, bis der Ministerpräsident v. Manteuffel durch seine Erklärung zu Stande brachte, was der Parteidisciplin nicht gelungen war. Hr. v. Manteuffel, ohne Zweifel um sich zu rechtfertigen, daß er als Abgeordneter für den Antrag stimmen wollte, gegen den er sich namens der Regierung in der I. Kammer erklärt, gab nämlich der Rechten den Trost, daß auch nach Annahme des Antrages, trotz der „Ernennung auf Lebenszeit“ die Regierung sich nicht behindert sehen würde, die Elemente zur Pairie beliebig zu wählen, gab also damit zu verstehen, daß auch die ritterschaftlichen Verbände gehörig berücksichtigt werden sollten. Man hat sich wol über das Apropos dieser Erklärung den Kopf zerbrochen. Während einerseits behauptet wird, die Regierung habe damit ihre geringen Sympathien für den Antrag an den Tag legen wollen, selbst auf die Gefahr hin, daß derselbe siele, wollen Andere nicht glauben, daß der Ministerpräsident ohne weiteres sich mit den Intentionen der Krone habe in Widerspruch setzen wollen und lassen deshalb eher einen Mangel an staatsmännischer Klugheit zu. Wie dem auch sein mag, gewiß ist, daß die ministerielle Erklärung dem größten Theile der Minorität der Linken die Augen öffnete. In ihrem Namen, es waren nicht weniger als 17, erklärte Abg. Ulrichs, daß sie nunmehr gegen den

Antrag stimmen würden. Auch die Polen beschloßen jetzt, ihr Votum dagegen abzugeben. So fiel der Antrag — wir wiederholen, daß dies sich arithmetisch nachweisen läßt — lediglich infolge der Erklärung des Hrn. v. Manteuffel. Die Hofpartei soll nicht wenig erstaunt gewesen sein, als sie hörte, welchen Ursachen sie den Verlust des parlamentarischen Kampfes zuschreiben hatte.

In dem Gesagten liegt zugleich der Commentar zur heutigen Botschaft. Die ganz allgemein gehaltene Bestimmung, wonach die Bildung der I. Kammer durch königliche Anordnung erfolgen soll, läßt bei der Ausführung den allerweitesten Spielraum. Ihre Vertheidiger werden nunmehr zu den Junkern sagen können: stimmt dafür und eine Anzahl von Pairstellen soll auf euren Vorschlag, eure Wahl erfolgen. Zu den Centrumsmännern wird man sagen: stimmt dafür, die Krone ist jetzt durch nichts beengt und wird die Präntensionen der Junker nicht beachten. Auf diese Weise dürfte es wol gelingen, eine Majorität dafür zu erhalten. Geht der Vorschlag durch, so wird die I. Kammer Preußens eine Art Napoleon'scher Senat, oder eine Art reformirter Staatsrath, eine Idee, für die Hr. v. Manteuffel besonders schwärmen soll, vorstellen. Zu Art. 83 der Verfassung paßt der Vorschlag nicht eben besonders. In diesem Artikel heißt es nämlich: „Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volks.“ Wie von der Regierung ernannte Pairs Vertreter des Volks sein sollen, leuchtet nicht ein. Darauf kommt es aber auch nicht an. Ein anderes Bedenken hingegen, welches vielleicht auch als Präjudicialinwand aufgestellt werden dürfte, ist folgendes. Art. 64 der Verfassungsurkunde sagt: „Gesetzesvorschläge, welche durch eine der Kammern oder den König verworfen worden sind, können in derselben Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden.“ Der Antrag der I. Kammer ist jedoch von der II. Kammer verworfen worden. Die königliche Botschaft nun, welche heute eingebracht wurde, ist aber in der Sache derselbe Gesetzesvorschlag wie der verworfene. Zwar lautet sie nicht wörtlich so, zwar enthält sie nicht die detaillirten Vorschriften über die Zusammensetzung der I. Kammer. Allein sie stimmt mit dem Antrage doch darin überein, daß sie ebenfalls die Streichung der Art. 65—68 der Verfassung verlangt und daß sie die Neubildung der I. Kammer durch königliche Verordnung vorschlägt. Dem Geiste des Art. 64 nach unterliegt die verfassungsmäßige Zulässigkeit der heutigen Regierungsvorlage jedenfalls sehr begründeten Zweifeln. Zum Schlusse mache ich Sie noch auf die ungeheure Majorität aufmerksam, mit der heute in der II. Kammer die Anträge der I. Kammer behufs Schmälerung der Finanzbefugnisse der Kammern verworfen worden sind. Die königliche Botschaft ist sicherlich von Einfluß auf diese Abstimmung gewesen.

* **Ausbach, 26. April.** Unter den vielen zur Erweckung und Belebung des „echten Patriotismus“ neuerdings bei uns erlassenen Regierungserrescripten zeichnet sich ein vom 5. April datirtes durch die Originalität seiner Anschauung aus. Ich theile Ihnen den Hauptinhalt davon mit. Es beginnt: „Die Erhaltung der verschiedenen, in den einzelnen Theilen des Königreichs herkömmlichen Trachten, sowol der städtischen, wie insbesondere der ländlichen Bevölkerung, ist nach Rescript des königlichen Staatsministeriums des Innern vom 27. v. M. Sr. Maj. dem Könige namentlich in Berücksichtigung ihrer Zweckdienlichkeit zur Festigung des Nationalgefühls als sehr wünschenswerth bezeichnet worden.“ Es führt diese Idee nun weiter aus und befiehlt dann allen Polizeibehörden; an die es gerichtet ist, Gutachten darüber abzugeben, auf welche Weise diese im Aussterben begriffenen alten Trachten wieder eingeführt werden könnten. Es empfiehlt namentlich zwei Mittel: 1) Austheilung von passenden Prämien an solche Gemeinden, wo die alten Trachten erhalten oder wieder eingeführt worden; 2) Aufhängung von Abbildungen dieser Trachten in der Schulgemeinde und andern öffentlichen Localen. Zu dem letztern Zwecke verlangt es schließlich von den Polizeibehörden die Einsendung solcher Abbildungen.

Δ Kassel, 27. April. Wir müssen unsere am 21. April gemachte Mittheilung über den Denuncianten Richter in einem Punkte berichtigen. Sein Aufenthalt im Provinzialgefängnisse ist ein vorübergehender gewesen, der lediglich den Zweck gehabt zu haben scheint, Hrn. Richter für ein Verhör zur Verfügung zu stellen. Die gegen den Genannten anhängig gemachte Klage der Unterschlagung anvertrauten Geldes wird nämlich vom Criminalgerichte erledigt, während die Untersuchungen, ein angebliches Complot zu Kellner's Befreiung betreffend, welche Hr. Richter durch seine Angaben veranlaßt hat, vom permanenten Kriegsgerichte geführt werden. Nach beiden Seiten hin sind die Gerichte bemüht, die Sachen bald zu Ende zu führen. Es folgen deshalb die Vorladungen und Verhöre sich rasch, die von Seiten des Kriegsgerichts sogar sehr unerwartet und plötzlich für die Betreffenden, sodas zu einer vorbereitenden Ueberlegung nicht Zeit bleibt.

Uebrigens ist es eine Pflicht der Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß in der Leitung der Untersuchung und in der Behandlung, welche den durch Hrn. Richter Angeeschuldigten von Seiten des Kriegsgerichts zutheil wird, eine strenge Unparteilichkeit durchblickt. In Haft ist nur noch Hr. Richter selbst. Gestern waren vier Personen im Verhöre; einige davon wurden mit Jenem confrontirt. Das Ergebniß, so wird uns von einem der Betheiligten gesagt, ist abermals den Aussagen Richter's nicht günstig gewesen. Auch heute sollen wieder Vorladungen erfolgt sein. Indessen mögen diese in der gegen Richter gerichteten Criminaluntersuchung ergangen sein, da morgen ein Verhör stattfinden soll. Wenn man in Betreff Richter's noch fortwährend von einem bevorstehenden Ortswechsel zwischen dem Kastell und dem Gefangenhause redet, so wird derselbe dennoch nicht eher statthaben können, als er in der kriegsgerichtlichen Untersuchung, die er angeregt hat, nicht mehr nöthig ist. Seit mehren Tagen erhält er Gefangenentrost, die ihm nach dem Kastell gebracht wird.

Dibenburg, 27. April. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde bei Verathung der Verfassungsrevision folgender Artikel angenommen: Art. 127. §. 1. Für das Großherzogthum besteht ein in Eine Kammer vereiniger Landtag. §. 2. Außerdem soll in jedem der beiden Fürstenthümer Lübeck und Birkenfeld ein Provinzialrath nach den in der Anlage IV enthaltenen Grundzügen eingerichtet werden. Die nähern Bestimmungen über den Wirkungskreis der Provinzialräthe, sowie über die Wahl und Geschäftsführung derselben wird ein dem im Jahre 1852, d. i. dem nächsten zu berufenden Landtage vorzulegendes Gesetz enthalten.

Schweiz.

Δ Aus der Schweiz, 25. April. Dieser Tage haben sich Abgeordnete der verschiedenen Cantonalcomités für die Nationalsubscription zur Tilgung der Sonderbundkriegsschuld in Aarau versammelt und sich als Centralcomité für die gesammte Schweiz constituirt, das Cantonalcomité in Zürich aber als vollziehendes Comité bestellt, welches die Verbindung der verschiedenen Cantonalcomités mit dem Centralcomité vermitteln soll. Der Schluß der Subscription ist auf den 15. Juni festgesetzt. Auf der nächsten Bundesversammlung soll derselben durch das Centralcomité eine Bittschrift überreicht werden, worin, unter Anerbietung des Betrags der Subscription, verlangt werde, daß die Bundesbehörde einen etwaigen Rest der Schuld über den Subscriptionsbetrag erlassen möge. Zugleich aber soll in der Petition die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die betreffenden eidgenössischen und cantonalen Behörden eine allgemeine Amnestie ertheilen würden für alle politischen Vergehen, die vom Sonderbunde herrühren. — Ein schweizerisches Blatt macht gegenüber der von Seiten der französischen Presse fortgesetzten Aufschnelzung zu einem Kreuzzuge gegen die Schweiz die Bemerkung, daß, wenn man ernstlich das Gleichgewicht von Europa sicherstellen wolle, zuvörderst der Prädominanz und der Vergrößerungssucht der zu großen Staaten entgegengewirkt werden müßte und zwar dadurch, daß man die kleinen Staaten vergrößere und sie den großen ebenmäßig mache, wodurch die Möglichkeit der Friedensstörung am strictesten aufgehoben würde. So müsse der Schweiz wieder zurückgegeben werden, was sie durch die ungerechtfertigten Beendigungen der burgunder, waldshuter, appenzeller und italienischen Kriege verloren habe, damit sie ihre naturgemäße Ausdehnung und Stellung im europäischen Familienbunde wiedererhalte.

Großbritannien.

London, 26. April.

In einem Artikel gegen die „böswilligen Beurtheilungen Ludwig Napoleon's von Seiten mancher englischen Journale“ gibt der ministerielle Morning Herald zu verstehen, daß Ludwig Napoleon auch durch Annahme des Kaisertitels das Vertrauen der gegenwärtigen britischen Regierung nicht verschmerzen würde. Seine Aufgabe sei, gleichviel unter welchem Titel er regiere, eine Aufgabe des Friedens und der Erhaltung. Er sei berufen, das „Princip der Autorität“ wiederherzustellen, welches Frankreich durch „alle bekannten Regierungsformen“ in sechzigjährigen Kämpfen nicht feststellen vermochte. Und Frankreich sei im Begriff, unter seinem Scepter „unsern eigenen langgehegten, aber von manchen Engländern vergessenen Grundsatz zur Richtschnur zu nehmen: den Grundsatz, vor der eigenen Thüre zu fegen“.

Hr. Feargus D' Connor ist nicht mehr in England. Am 23. April Abends war er in Liverpool angekommen, am 24. zu Mittag begab er sich an Bord der Canada, die um 1 Uhr die Ankerlichtete und nach Amerika abfuhr. Das Unterhaus ist somit um ein Mitglied, das einst viel von sich reden machte, ärmer; England oder doch eine englische Irrenanstalt ist um einen Bürger betrogen. Jedenfalls wird der Flüchtling bald von sich hören lassen, und die Welt wird über die große Zeitfrage Aufklärung erhalten, ob Hr. D' Connor europamüde war, ob er den angedrohten Schrecken einer französischen Invasion, der Zwangsjacke des Irrenhauses, oder als moderner Brutus bloß dem unziemlichen Drängen seiner vielen Gläubiger aus dem Wege gegangen ist, und deshalb die Rolle des Irrenmanigen so lange gespielt hat, bis das Irrenhaus ernsthaft Miene machte, sich um seinen wahren Geisteszustand zu kümmern.

Wie werthvoll der Grund und Boden gegenwärtig in der City von London ist, kann man aus folgender Notiz ersehen. Vor wenigen Tagen wurden drei alte baufällige Wohnhäuser in Cornhill, allerdings eine der größten Verkehrsstraßen, für 32,000 Pf. St. verkauft. Nach der Fläche, welche diese Häuser einnahmen, gerechnet, kommt der englische Acker Bodengrund in der City gegenwärtig auf nicht weniger denn 400,000 Pf. St. oder 10 Mill. Francs zu stehen.

Dresden, 28. April. In der I. Kammer erstattete heute zuvörderst Bürgermeister Müller einen Bericht über die auf die Trennung der Justiz von der Verwaltung bezüglichen Petitionen mehrerer Mitglieder der jenseitigen Kammer, Abg. v. Polenz und Genossen, sowie über eine Petition der Gemeinden zu Tharand, Somsdorf, Hintergersdorf und Umgegend, um Aufhebung oder Beanstandung mit Einführung der Bezirksgerichte in Civil- und Administrativjustizsachen und eventuell um Einbeziehung in das Bezirksgericht zu Dresden. Das erstgenannte Gesuch geht dahin: „Die Staatsregierung zu ermächtigen, der weiteren Trennung der Justiz von der Verwaltung in der untern Instanz in der nächstens zu erwartenden Vorlage über die Justizorganisation keine Folge zu geben.“ Hinsichtlich beider Gesuche schlägt die Kammer, da die vorliegenden Fragen erst dann geprüft werden können, wenn die zu erwartenden Vorlagen erschienen sein werden, vor: „Den Anträgen in der gestellten Weise nicht Statt zu geben, wol aber die Petitionen der Staatsregierung zur Kenntnissnahme und, soweit sie dies für angemessen erachtet, zur Berücksichtigung zu überreichen, dabei auch zu beantragen, daß dieselben der zur Verathung der Justiz- und Verwaltungsorganisation niedergesetzten Deputation nach deren Zusammensetzung als Unterlagen für die Prüfung jener Gesegenswürfe zugestellt werden.“ Nach Mittheilung des Berichts erhob sich auf Anregung des Prinzen Johann eine Debatte über die Frage, ob der Zulässigkeit der v. Polenz'schen Petition nicht §. 109 der Verfassungsurkunde, nach welchem ein Mitglied der Ständeversammlung Petitionen bei seiner Kammer einzureichen habe, entgegenstehe. Daran knüpfte der Prinz den zahlreich unterstützten Antrag: „Aus Rücksicht auf die II. Kammer auf die Petition gar nicht einzugehen und dieselbe beizulegen.“ Gegen den Antrag sprachen sich jedoch die H. H. v. Welsch, welcher die Petition an die II. Kammer „aus Rücksicht“ abgegeben wissen wollte, v. Erdmannsdorf und v. König, die auf §. 111 der Verfassungsurkunde, welcher jedem Staatsbürger, also auch einem Mitgliede der Ständeversammlung, das Recht zuerkenne, bei der letztern zu petitioniren, Präsident v. Schönfels und v. Egidy aus, welche bemerklich machten, daß die Verathung der Petition eine Consequenz der zur Berichterstattung geschickten Abgabe an die Deputation sei. Zu Gunsten des Antrags erklärten sich Bürgermeister Koch und Minister Schinsky, der auf eine frühere bezügliche Erklärung der Regierung zurückwies. Nach dem Schluß der Debatte wurde der Antrag des Prinzen Johann mit 19 gegen 13 Stimmen abgelehnt und der Deputationsantrag einstimmig genehmigt. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war eine Mittheilung des Vicepräfs. Gottschald über die bekannte Eingabe des Advocat Eckert in Betreff der angeblichen Staatsgefährlichkeit des Freimaurerordens. Dieser Mittheilung gemäß war die Deputation einstimmig der Ansicht, daß die gedachte Eingabe, möge sie nun als Petition oder als Beschwerde betrachtet werden (als die letztere will sie Advocat Eckert „eventuell“ angesehen wissen), formell unzulässig sei, da sie theils beleidigende Ausdrücke enthalte, theils die Wahrheit der Behauptungen unbeschönigt sei. Eine Majorität der Deputation habe zwar, wie der Referent bemerkt, hinsichtlich des Materiellen bestimmte Anträge stellen wollen, dieselben hätten jedoch durch eine Erklärung des Staatsministers v. Friesen ihre Erledigung gefunden. Nachdem die H. H. v. Posern, v. Heynig, Secretär v. Behmen und Dr. Harless den Einwurf gemacht, daß die Eingabe der Wichtigkeit ihres Gegenstandes halber einen Bericht verdient hätte, ergriff Staatsminister Schinsky das Wort, um der Kammer mitzutheilen, daß die Regierung sorgfältige Erörterungen darüber angestellt: 1) ob das Vereinsgesetz auf den Orden Anwendung leide; 2) ob diese sich auf öffentliche Angelegenheiten beziehen; 3) ob eine Verbindung der Logen unter sich und mit den auswärtigen, über deren Verhalten man andere Regierungen um Auskunft gebeten, bestehe, und endlich 4) ob und welche Eide in den Logen geleistet würden? Im Laufe der Debatte stellte noch Hr. v. Welsch den Antrag, daß die Regierung diesem oder wenigstens dem nächsten Landtage die Resultate der angestellten Erörterungen mittheilen möge. Dieser Antrag, dessen sich die H. H. v. Posern und v. Welsch annahmen, wurde schließlich gegen 3 Stimmen angenommen und außerdem beschlossen, die Petition zwar nicht zu berathen, aber an die II. Kammer gelangen zu lassen.

In der II. Kammer richtete Abg. Kötz an das Kriegsministerium die Anfrage: ob es wahr sei, daß dem Freimaurerorden angehörigen Militärs, wie man vernehme, Befehl gegeben worden, aus dem Bunde auszutreten, und wenn eine solche Ordre erlassen worden, aus welchem Grunde dies geschehen sei? Der Präsident versprach die Interpellation dem betreffenden Ministerium zuzustellen. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl eines stellvertretenden Secretärs (da Secretär Scheibner beurlaubt ist) und eines stellvertretenden Mitglieds der zweiten Deputation für den beurlaubten Abg. Georgi. Die erste Wahl fiel mit 35 Stimmen auf den Abg. Barthol, die zweite mit 34 Stimmen auf den Abg. Dr. Loth. Hierauf setzte man die gestern abgebrochene Verathung der auf die Restauration

*) Diese Interpellation gründet sich wahrscheinlich auf folgende von der Refer-zeitung gebrachte Mittheilung: „Dresden, 24. April. Ich beile mich, Ihnen mitzutheilen, daß einem Gerüchte zufolge, das ich nicht verbürgen kann, dessen Echtheit mir aber von zuverlässiger Seite versichert wird, das Kriegsministerium eine Ordre erlassen hat, welche den Austritt aller Militärs aus dem Freimaurerorden verfügt und den zahlreichen Militärs, die zunächst von diesem Befehl betroffen werden, die einfache Alternative stellt, entweder den Mauerorden oder die Armee zu verlassen. Da viele, namentlich auch höhere Offiziere dem Orden als Mitglieder angehören, so dürfte die Ordre, wenn anders ihr Inhalt dem vorstehend von mir Mitgetheilten entspricht, eine bedeutende Sensation machen.“

des Im
Pos. 5 d
bereits g
Ausnahm
alten D
40,000
90,000
nochmal
Baues
sich steig
baue mi
dürfte,
ausreich
gen, das
einschließ
Angriff
der jesis
werden.
v. Arni
den Ab
men.
Staats
projects
wol in
zubringe
blieb die
Deputat
geschlage
Baue,
alten D
zu gene
eine, vo
tung in
der I. J
rini und
für das
Staats
men ihr

Dr
laub: de

*-r
Winter
m and a
schen Bu
schlieu e
geist sah
ster den
rungen
hervorbr
Wieder
Drama
Dichtung
wie wir
einer ge
geben w
schen B
angehört
irungen
französi
stürzen,
Schaupl
nung der
Helbin,
trefflich
ohne En
haben.
lich noch
den viel
Berühm
scheint d
Stück g
Theil de
geben is
Ende de
gung zu
züge ha
deutscher
fern Th
ben, in
Nieman
werden.
war ein
Frei. Be
□ M
ger itali

Handel und Industrie.

des Zwingers bezüglichen Forderungen fort, welche in der betreffenden Pos. 5 des Ausgabebudgets unter I—IX einzeln angeführt sind. Wie wir bereits gestern berichtet, hat die Deputation alle Theile des Neubaus mit Ausnahme der unter VI bezeichneten (zwei äußere Anbaue an die Stelle des alten Opernhauses und des ehemaligen v. Carlowitz'schen Hauses, für welche 40,000 Thlr. postuliert werden) zu genehmigen und dafür der Summe von 90,000 Thlr. zu bewilligen gerathen. Nachdem Staatsminister v. Friesen nochmals die Nothwendigkeit des ganzen von der Regierung projectirten Baues dargelegt und insbesondere hervorgehoben, daß der Kostenaufwand sich steigern werde, wenn man nicht zugleich die unter VI genannten Anbaue mit den übrigen vorzunehmen gestatte, und daß, falls dies geschehen dürfte, die zur Bewilligung vorgeschlagene Summe für diese Finanzperiode ausreiche, beantragte Abg. Dr. Wahl: „die Staatsregierung zu ermächtigen, daß sie nach dem vorgelegten Plane den Bau in allen seinen Theilen, einschließlich der beiden Zwickelbaue (der unter VI bezeichneten Anbaue), in Angriff nehme und ausführe, die Ausführung jedoch so regulire, daß in der jetzigen Finanzperiode in keinem Falle mehr als 80,000 Thlr. verwendet werden.“ Dieser Antrag wurde von den Abgg. v. d. Planitz, Kötz, v. Arnim, Seiler, v. Rositz, Riedel und Unger bekämpft, dagegen von den Abgg. Schubart, Mittner, Franke und Hertel in Schutz genommen. Schließlich ergriffen noch Regierungscommissar v. Ehrenstein und Staatsminister v. Friesen das Wort zur Verteidigung des Regierungsprojects, dessen Ausführung in allen Theilen zugleich allerdings sich sowohl in Betracht der dringenden Nothwendigkeit, die Sammlungen unterzubringen, als auch in finanzieller Beziehung empfiehlt. Dessenungeachtet blieb die Kammer, unter Ablehnung des Wahl'schen Antrags, bei dem Deputationsgutachten stehen und bewilligte (gegen 14 Stimmen) die vorgeschlagenen 90,000 Thlr. für die unter I—V und VII—IX angegebenen Baue, ohne die Ausführung der zwei äußeren Anbaue an der Stelle des alten Operngebäudes und des ehemaligen Carlowitz'schen Hauses zur Zeit zu genehmigen. Endlich wurde noch über zwei Petitionen berichtet. Die eine, vom Bierbrauerverein zu Löbau eingereichte und die Biersteuerentrichtung in preussischen Kassenbillets betreffende, blieb in Uebereinstimmung mit der I. Kammer auf sich beruhen; die andere (vom Superintendenten Martini und Genossen) um Beihilfe aus Staatsmitteln zu der Armenstiftung für das Augustusbad wurde, wie die I. Kammer bereits beschlossen, der Staatsregierung mit der Bitte übergeben, diesem gemeinnützigen Unternehmen ihre Beachtung und Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Personalmeldungen.

Ordensverleihungen. Preussen. Rother Adlerorden 2. Cl. mit Eichenlaub: der Generalmajor a. D. v. Knoblauch zu Berlin.

Wien, 25. April. Sämmtliche ärarialischen Commercial- und Zollämter sind beauftragt worden, sich fortan der neuen Garnituren des neuen österreichischen Zollgewichts zu bedienen. Der Bedarf des Staats an solchen neuen Gewichten ist nicht geringer als beinahe 20,000 Etr. Zu einer vollständigen Garnitur neuer Gewichte gehören: 1 Stück à 50 Pfd., 2 St. à 20 Pfd., 1 St. à 10 Pfd., 1 St. à 5 Pfd., 2 St. à 2 Pfd., 1 St. à 1 Pfd., 1 St. à $\frac{1}{10}$ Pfd., 1 St. à $\frac{1}{20}$ Pfd., 2 St. à $\frac{1}{100}$ Pfd., 1 St. à $\frac{1}{1000}$ Pfd.; 1 St. à $\frac{1}{100}$ Pfd., 3 St. à $\frac{1}{100}$ Pfd., und 1 St. à $\frac{1}{1000}$ Pfd. Die Form der neuen Gewichte unterscheidet sich insofern von der alten, als die neuen Gewichte den französischen nachgeahmt sind und statt der runden, kegelförmigen Form ein längliches Viereck bilden, wodurch die Gewichte sehr leicht auf die Waage gebracht und mehrere mit größter Leichtigkeit nebeneinander geschichtet werden können.

Der Director der Handelslehranstalt zu Chemnitz, Friedrich Koback, hat gelegentlich der diesjährigen Osterprüfungen ein Programm herausgegeben, dessen Schulnachrichten wir nachstehendes entnehmen. Die Räumlichkeiten der Anstalt sind bedeutend erweitert worden, Baarensammlung und Bibliothek nach Bedürfnis ergänzt. Der kaufmännische Verein hat die Mittel geliefert, ausgezeichneten Schülern Belohnungen erteilen zu können. Die Anstalt, welche im Laufe des Jahres 1850/51 78 Schüler zählte, von denen während des Jahres und am Schlusse desselben 41 auschieden, erhielt im Schuljahre 1851/52 47 neue Schüler, sodaß sich deren Zahl in dem gedachten Jahre auf 84 hob, von denen 17 der ersten, 36 der zweiten, 31 der dritten Classe angehören. An der Anstalt unterrichten außer dem Director, welcher Handelswissenschaft, Rechnen, Buchhaltung, Correspondenz und Waarenkunde behandelt, noch vier Lehrer in der französischen Sprache, in der englischen Sprache, im Schönschreiben und in der deutschen Sprache, in Geographie und Handelsgeschichte.

In der Pflug'schen Maschinenbauanstalt in Berlin ist ein Wagen fertig geworden, in dem die Kaiserin von Rußland die Reise von Warschau nach Berlin auf der Eisenbahn machen wird. Derselbe ist höchst elegant eingerichtet. Das Innere besteht aus einem kostbar meublirten Salon mit vier Fenstern, einem Schlaf- und einem reizend ausgestatteten Toilettenzimmer. Der Wagen kostet 10,000 S. R. und ist auf der Verbindungsbahn nach dem Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahnhofe gebracht worden, um über Breslau nach Warschau transportirt zu werden.

Aus Kassel vom 24. April wird geschrieben: Dem Vernehmen nach ist vorgestern die kurfürstliche Genehmigung in Betreff des Fortbaues der Hanauer Eisenbahn und ihres Anschlusses an die bairische Bahn auf Grund der eingereichten Pläne erfolgt.

* Leipzig, 29. April. Leipzig-Dresdner 167 $\frac{1}{2}$ Br., 167 S.; Sächsisch-Bairische 90 $\frac{1}{2}$ Br., 90 $\frac{1}{2}$ S.; Sächsisch-Schlesische 102 $\frac{1}{2}$ Br.; Löbau-Bittauer 25 Br.; Magdeburg-Leipziger 244 $\frac{1}{2}$ S.; Berlin-Anhaltische 123 Br., 122 $\frac{1}{2}$ S.; Berlin-Stettiner 134 Br.; Köln-Mindener 113 S.; Thüringer 82 $\frac{1}{2}$ S.; Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 48 Br., 47 $\frac{1}{2}$ S.; Altona-Kieler 107 $\frac{1}{2}$ Br., 107 $\frac{1}{2}$ S.; Anhalt-Deßauer Landesbankact. Lit. A. 157 $\frac{1}{2}$ S., Lit. B. 130 $\frac{1}{2}$ S.; Wiener Banknoten 83 $\frac{1}{2}$ Br., 83 S.

Revue.

*—Dresden, 27. April. Die Leser erinnern sich, daß in dem verflochtenen Winter zu Paris ein Schauspiel von Emil Augier: „Diana von Mirmanda“, viel von sich reden machte, weil man in der Schilderung der französischen Zustände unter dem schwachen Ludwig XIII. und seinem Majordomus Richelieu einen Hinweis auf die modernen Verhältnisse und den gegenwärtigen Geistesstand sah. Besonders gab eine Stelle im Stück, in welcher der allmächtige Minister den Grundsatz auspricht, daß in Zeiten der politischen und sozialen Verwirrungen die Geltendmachung des persönlichen Willens allein eine neue Schöpfung hervorbringen könne, Veranlassung zu lauten Demonstrationen, infolge deren die Wiederaufführung des Stücks untersagt ward. Die Tendenz, welche man in dem Drama fand, war also zunächst der Grund des ungewöhnlichen Aufsehens, das die Dichtung machte. Doch hat dieselbe auch noch eine höhere Berechtigung in sich, wie wir vorgestern bei ihrer Aufführung auf unserm Theater sahen, wo sie in einer gewandten Bearbeitung des bekannten Schauspielers Eduard Perrmann gegeben wurde. Das Stück schließt sich in der Sprachform dem sogenannten klassischen Vers der Franzosen an, während es sonst ganz der romantischen Richtung angehört, ohne an deren graffen Uebertreibungen und sonderlichen Verirrungen zu laboriren. Frei ist es indessen auch keineswegs vom Fieber des neu-französischen Romantismus, deren Dichter sich lieber „ins heiße Bad der Dichtung“ stürzen, als aus dem reinen und frischen Quell der Poesie schöpfen. Das Augier'sche Schauspiel trägt aber den Stempel eines würdigen Geistes und hat, bei aller Berechnung der Effecte, bis zum Schluß des dritten Actes einen ziemlich gemessenen Gang. Die Helbin, Diana von Mirmanda, ist ein poetisch angelegter und im Ganzen vortrefflich durchgeführter Charakter, der die natürliche, reine und starke Weiblichkeit, ohne Emancipationsgelüste, repräsentirt, und an dem wir eine innige Theilnahme haben. Nach der Hauptkatastrophe wird die Spannung des Zuschauers wo möglich noch erhöht, aber sie geht einem Schlusse entgegen, der dem Gefühle nach den vielen Martern, die es ohnehin auszustehen gehabt, keine Befriedigung und Beruhigung und noch viel weniger Erhebung gewährt. Charakteristisch aber erscheint dieser Schluß dessenungeachtet, wenn wir die Anschauung, welche durch das Stück geht, auf die Gedanken und Empfindungen anwenden, welche einen großen Theil der französischen Nation jetzt bewegen, ohne daß ihnen eine Möglichkeit gegeben ist, sich zu äußern. „Schweigen und entsagen“ ist das Loosungswort am Ende des Augier'schen Drama, das jedenfalls interessant und bei aller Hinneigung zu einer dem deutschen Charakter nicht entsprechenden Richtung, große Vorzüge hat, an denen man sich erfreuen kann, und, fügen wir hinzu, an denen die deutschen dramatischen Dichter lernen könnten. Zu wünschen wäre, daß auf unsern Theatern öfter Stücke erschienen, welche uns Bilder der Vergangenheit gäben, in denen sich die Gegenwart abspiegelt. Die Darstellung der „Diana von Mirmanda“ auf unserer Bühne verdient übrigens mit Auszeichnung genannt zu werden. Frau Bayer-Büchel wurde öfter enthusiastisch hervorgerufen. Ihre Diana war eine meisterhafte Leistung, welche vorzüglich von Hrn. Porth als Richelieu und Hrn. Berg als Herzogin in der würdigsten Weise unterstützt wurde.

□ Dresden, 26. April. Gleichzeitig mit der ersten Vorstellung der Petersburger italienischen Operngesellschaft fand, jedenfalls nicht vortheilhaft für die Con-

certgeberin, im Saale der Harmonie ein Concert der Pianistin Fräulein Marie Wieck statt, in welchem unter andern auch R. Schumann's Overture zu „Genoveva“, unferst Wissens hier zum ersten male, öffentlich mit Beifall zu Gehör kam. Wir konnten noch einem Theile des Concerts nach der Oper beiwohnen und hörten da eine junge Sängerin von hier, Fräulein Luise Wöfel, mit welcher angenehmer Stimme und recht hübschem Talent, wenn auch die Ausbildung desselben beirritet nicht vollendet ist. Der Liedervortrag war einfach und angemessen, der Tonanschlag dünn und indeß noch einer richtigeren Führung zu bedürfen, und auf vollkommen reine Intonation und Deutlichkeit der Aussprache wird ebenfalls hinzuwirken sein. Fräulein Wieck ist eine tüchtige und in solider Schule durchgebildete, virtuose Pianistin, die Sicherheit, Sauberkeit und Klarheit des Vortrags mit bedeutender Fertigkeit und Ausdauer verbindet und in der ältern wie in der neuern Klaviermusik sehr anerkennenswerthe und beifallwürdige Studien gemacht hat. Daß die letztere ihr vorzugsweise zusagt, finden wir natürlich; sie leistet darin auch das Ausgezeichnete. Für den äußerlich stets recht gelungenen Vortrag älterer Compositionen scheint ihr, das ist bei ihrer Jugend nicht anders zu erwarten, die tiefere Selbstständigkeit des Verständnisses, die erst allmählig aus eigener reicherer Lebens- und Kunstserfahrung entspringen kann, zu mangeln. Auch die wärmere poetische Befehlung vermisten wir gestern z. B. in Mendelssohn's „Frühlingslied“, das von ihrer Schwester, Klara Schumann, so wunderbar schön vorgetragen wird. Wie übrigens in eine Reihe kurzer charakteristischer Stücke aus verschiedenen Epochen der Klaviermusik neben Field, Clementi, Mendelssohn, Liszt, Schulhoff (Caprice über ungarische Themen, sein neuestes aber ziemlich werthloses Werk), eine Etude von Wolf v. Ehrenstein, an sich ganz hübsch und salonmäßig, doch ohne höhere Bedeutung, gehört, die doch unbedingt eine Epoche nicht charakterisirt, ist uns ein Räthsel geblieben. Die Concertgeberin fand übrigens selbstverständlich bei dem ziemlich zahlreichen versammelten Publicum lebhafteste Anerkennung, die ihrer tüchtigen Ausbildung nie fehlen wird.

* Aus Hamburg vom 24. April schreibt man dem Hamburgischen Correspondenten: Frau Elisabeth Schröder-Schmidt, zweite Tochter der unvergesslichen Sophie Schröder, die nach mehr als 20jähriger Zurückgezogenheit von der Bühne gestern die Bretter wieder zum ersten male als Sappho in dem Grillparzer'schen Trauerspiele betrat, wurde von dem zahlreich versammelten und wahrhaft kunstsinigen Publicum mit einem stürmischen Applaus empfangen, den sie durch die bühenbewandte und durchdachte Weise, wie sie ihre Rolle durchführte, vollkommen rechtfertigte, sodaß derselbe sich mehrmals, sowohl während der Vorstellung als besonders am Schlusse derselben aufs nachdrücklichste wiederholte. Sie wird demnächst noch in mehreren tragischen Rollen, als „Weib aus dem Volke“, Deborah, und in „Maria Stuart“ auftreten.

* London, 26. April. Der Lumley-Wagner-Proceß kam heute auch nicht zur Fortverhandlung, sodaß das Verbot des Vickanzlers gegen das Auftreten der Sängerin im Coventgarden in Kraft bleibt. Fräulein Wagner's Advocaten, Hr. Bethell (Queen's Counsel), Hr. Malins, ebenfalls ein Queen's Counsel, und Hr. Mortimer halten heute Abend Concilium.

Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Duerstraße, Nr. 8) und Dresden (bei C. Höchner, Neustadt, Nr. der Brücke, Nr. 2).

Vorladungs-Zurücknahme.

Die in Ehescheidungsflagen der Frau **Regina Hermann**, geb. **Dehne** in Greußen gegen ihren Ehemann, den Schlossergesellen **Albert Hermann**, von uns unterm 24. Febr. d. J. erlassene Edictalladung wird wegen des inzwischen angezeigten Todes der Klägerin hiermit zurückgenommen.
Sondershausen, 27. April 1852.

Kurf. Schwarzb. Sondersh. Kreisgericht.
W. F. J. Hülfemann.

[1206]

Im Namen Seiner Hoheit des Herzogs Ernst, Herzogs zu Sachsen Coburg und Gotha u. u.

Die am 1. April 1850 fällig gewordenen Zinsabschnitte von den zur geschlossenen Anleihe der vormaligen Herzogl. Kammer aller gehörigen Schuldscheinen:

Lit. B. Nr. 92.
" C. " 4. 150. 184 und 198.
" D. " 282 und 525.

sind bis zum 1. April d. J. bei einer der hiesigen Landesbanken zur Zahlung nicht präsentirt worden, und werden daher in Gemäßheit des Art. 11 der landesherrlichen Verordnung vom 11. August 1837 (Nr. 170 der Gesefsammlung) hierdurch für erloschen erklärt.
Gotha, 21. April 1852.

Herzogl. Sächs. Landes-Regierung, Finanz-Abtheilung.
Gep.

[1198]

Das königliche Bad Oeynhausen bei Rehme in Westphalen

wird in diesem Jahre am 16. Mai eröffnet und am 15. September geschlossen werden. Nähere Auskunft ertheilt der **Bade-Inspector Lampe**.
Bad Oeynhausen b. Rehme, im April 1852.

[812-14]

Königliche Bade-Verwaltung.

Das Soolbad in Salungen

wird in diesem Jahre am 10. Mai eröffnet. Die heilkräftigen Wirkungen desselben sind längst anerkannt. Das Badehaus gewährt alle zu einer Cur erforderlichen Einrichtungen in möglichster Vollkommenheit und durch das im vergangenen Jahre in schönster Lage, am See, erbaute Curhaus wird allen Anforderungen wohnlicher und geselliger Annehmlichkeit entsprechen. Wir erlauben uns auf ein so eben bei Brückner und Renner in Weitingen erschienenen, in allen Buchhandlungen zu beziehendes Schriftchen: **„Das Soolbad Salungen, seine Heilquellen, sein Curhaus und seine Umgebungen“**, zu verweisen.

Zu jeder weiteren gewünschten Auskunft und zu Bestellungen sind wir gern bereit.
Salungen, im Herzogthum S. Weitingen, im April 1852.

[842-44]

Die Badedirection.
O. Rommel, Director. **Dr. Helm, Badearzt.**

Soolbad Wittekind bei Giebichenstein u. Halle

eröffnet die diesjährige Saison seiner bekannten Bade- und Trink-Curen am 15. Mai. Die Versendungen des sich so heilsam bewährten **Wittekind Salzbrunnens** wie **Mutterlaugen Badesalzes**, haben bereits begonnen, und ist über den wichtigen **Jod- und Brom-Gehalt** des Letzteren in medicinischen Zeitschriften Näheres mitgetheilt. Bestellungen auf Logis sind an **H. Thiele** in Halle gefälligst zu richten.

Brunnen-Eisfen können in der **Mineralwasser-Handlung** von **Samuel Ritter** in Leipzig in Empfang genommen werden.

[1204]

Die Bade-Direction.

Die Gegenwart.

Eine encyclopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände.

Achtzigstes Heft.

Inhalt: **Die Chemie auf ihrem gegenwärtigen Standpunkte.** (Schluß.) — **Preußen seit 1849 bis Ende 1850.**

Leipzig, im April 1852.

[1211]

F. A. Brockhaus.

Zwei Rittergüter in Niederschlesien

sind durch mich zu verkaufen. Das eine ist im Goldberg'schen Kreise romantisch gelegen, hat 1200 Morgen ausgezeichneter Boden (800 für Weizen und Raps, 320 Forst), sehr schönes Schloß, massive Wirthschaftsgebäude und im besten Zustande sich befindendes Inventarium, nebenbei bemerkt einen Getreidevorrath von noch 3000 Scheffel. Der den Umständen angemessene **äußerst niedrige** Kaufpreis beträgt 80,000 Thlr. bei einer Anzahlung von 40,000 Thlrn.

Das andere nicht minder zu empfehlende liegt in der Nähe Saynaus, hat 360 Morgen Areal, wovon 317 bel-nähe durchgängig Weizenboden, und kostet 36,000 Thlr. bei einer Anzahlung von 15,000 Thlrn. Die Entfernung von der Breslau-Berliner Eisenbahn ist bei beiden gering.

Wirklichen Selbstkäufern ertheilt gern nähere Auskunft der Commissionär

[1078-70]

C. Louis Tauber in Leipzig, Burgstr. Nr. 1.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Brockhaus.** — Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in Leipzig.

Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Leipziger Agenda für 1852.

Mit einem Grundrisse des Theaters und des Concertsaales im Gewandhause, einem Orientirungsplan von Leipzig und einer Karte seiner Umgebung.

Inhalt: I. **Jahreskalender.** — II. **Wegweiser durch die Stadt.** 1) Leipzig, seine Geschichte, Lage und Eintheilung. 2) Strassen-schlüssel. 3) Denkmäler. 4) Bemerkenswerthe Säle. — III. **Adressenkalender.** — **Anhang.** 1) Leipziger Brief-Portotaxe. 2) Eisenbahn-Personen-geld-Tarif. 3) Mess-Agenda.

In engl. Einband. Preis 40 Ngr.

Leipzig, J. J. Weber. [1144-55]

In unserm Verlage sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das Jahr 1851.

Zeitbetrachtungen von Prof. **Friedrich Bülow.**
Gr. 8. Geh. 1/2 Thlr.

Karl Heinrich Ludwig Pölitz's

Weltgeschichte für gebildete Leser und Studierende.

In 7. Auflage umgearbeitet und ergänzt von Prof. Dr. **Fr. Bülow** u. Dr. **Karl Zimmer.**

16 Lieferungen (je 7 bis 8 Bogen Gr. 8.) à 1/2 Thlr. Ausgegeben wurden: Lieferung 1-11 enthaltend:

- I. Band. Von den ältesten Zeiten an bis zur Auflösung des weström. Reichs. 1 1/2 Thlr.
- II. Band. Allgemeine Geschichte von der Auflösung des weströmischen Reichs an bis zum Ausbruche der französischen Revolution. 1 1/2 Thlr.
- III. Band. I. Abtheilung. Bis zum Pariser Frieden. 1 Thlr.

Leipzig, **S. C. Hinrichs'sche** Buchhandlung, Grimmaische Straße, Mauricianum. [1040-42]

Sieben erschienen:

Die Drainage nasser und kalter Ländereien.

Skizzen für Landwirthe u. Techniker

von **L. Vincent.**

8. Geh. Preis 15 Sgr.

Berlin, im April 1852.

[1200]

Veit & Comp.

Agentur-Gesuch.

Ein Kaufmann aus Hamburg, welcher Dänemark, die Herzogthümer Schleswig und Holstein, so wie Bremen und Lübeck bereist und eine ausgebreitete Bekanntschaft besitzt, wünscht die Agentur einiger Häuser sowohl für Hamburg als benannte Länder und Städte gegen Provision zu übernehmen.

Reflectirende wollen gef. ihre Adressen gezeichnet Hamburg Nr. 15. bis zum 1. Mai, wo derselbe in Leipzig eintrifft in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung abgeben und alsdann nähere mündliche Rücksprache nehmen. [1209]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 30. April. Zum zweiten Male: **Wie man Häuser baut**, locales Zeitgemälde in 4 Acten, mit freier Benutzung einer historischen Anekdote, von Charlotte Birch-Pfeiffer.